



NEUE PERSPEKTIVEN!

Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz



Programm für
Sachsen-Anhalt

Landtagswahl
13. März 2016



Haeckelstraße 10, 39104 Magdeburg, Tel. 0391 56390846

www.tierschutzallianz.de

Unsere Kandidat*innen:

Josef Fassl
Landesliste Platz 1
Direktkandidat
Magdeburg 11



Roswitha Träger
Landesliste Platz 2



Josef Weidenhaupt
Landesliste Platz 3 und
Direktkandidat
Magdeburg 13



Ursula Grühl
Landesliste Platz 4



Peter Simon
Landesliste Platz 5 und
Direktkandidat
Salzlandkreis 19



Aila Fassl
Landesliste Platz 6



Wolfgang Thal
Landesliste Platz 7



Detlef Förster
Landesliste Platz 8



Peter Barczik
Landesliste Platz 9



Bettina Fassl
Direktkandidatin
Magdeburg 10



Harivender Singh
Direktkandidat
Magdeburg 12



Menschenrechtler, Tierfreunde und Naturschützer wählen die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz!

I. Grundsatz

Mit der Gründung unserer Partei am 30. November 2013 wollen wir Menschenrechtler, Tier- und Umweltschützer für politische Mitarbeit gewinnen, um - getragen von Vernunft und Mitgefühl - ein friedliches Zusammenleben zu gestalten. Tierquälerische Massentierhaltung, unbegrenzter Tierhandel, Tierversuche... daran hat sich seit Jahrzehnten kaum etwas zum Besseren verändert!

Künftige Generationen sollen durch Braunkohlentagebau belastet werden. Das Land wird überzogen mit Massentierhaltungsanlagen, die in anderen Ländern längst unerwünscht sind. Skandale wie der Wahlbetrug in Stendal, der Stopp der EU-Fördermittel wegen möglicher Zweckentfremdung oder der Fall Tröglitz sind kennzeichnend für den Zustand und die Arbeitsweise der aktuellen Regierung, die es abzulösen gilt! Folge der finanziellen Engpässe und eines Missmanagements sind sogar Kürzungen bei Hochschulinvestitionen, bei der Sicherheit, bei der Bildung und beim Finanzausgleich gegenüber den Kommunen. Damit werden weitere Zukunftschancen verspielt.

Nicht ohne Grund lässt in Sachsen-Anhalt die Wahlbeteiligung immer weiter nach. Die Menschen fühlen sich von der Politik - insbesondere von der von CDU und SPD getragenen Regierung - mit ihren Sorgen und Nöten im Stich gelassen. Als neue Partei wollen wir diesen Teufelskreis durchbrechen. 25 Jahre nach der Wende hat Sachsen-Anhalt noch immer keinen Anschluss an die wirtschaftlich blühenden Nachbarländer gefunden! Für diese sind unsere Menschen willkommene Konsument*innen, jedoch gibt es wenige Firmengründungen und insgesamt kaum Perspektiven für einen Aufschwung. Hierfür bedarf es dringend einer grundsätzlich neuen Weichenstellung.

Wir stehen für:

- Schutz der Tiere!
- Aufklärung und Übernahme von Verantwortung!
- Sicherheit und Recht!
- Direkte Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen!
- Realitätsnahe Flüchtlingspolitik!

II. Tierschutz und Agrarpolitik

Ziel unserer politischen Arbeit ist „... *aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.*“ (aus § 1 Tierschutzgesetz, 24.07.1972 – Nov. 2013). Zudem wurde der individuelle Tierschutz in Art. 20 a Grundgesetz abgesichert.

Die Staatszielbestimmung des Art. 20 a GG ist zu konkretisieren. Durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir das Verhältnis des Menschen zum Tier ändern und dadurch auch rechtlich neue Maßstäbe setzen. Viele Bürger*innen sind, wenn sie mit den grausamen Bildern aus Massentierhaltungsanlagen, von Tierversuchen u. ä. konfrontiert werden, entsetzt. Sie handeln aber dann nicht konsequent zum Schutz der Tiere, sondern fallen in alte Verhaltensmuster zurück. Das Leid der Tiere wird verdrängt.

Neue Perspektiven:

1. Ein ungeschränktes Verbandsklagerecht!

Wo kein Kläger, da kein Richter. Leider protestieren berufene Vertreter des Tierschutzes, wie bspw. Veterinärämter oder Tierärzte, nicht oder zu wenig, wenn Tiere geschädigt werden. Das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen kann diese Fälle vor Gericht bringen, damit Gesetzesübertretungen endlich geahndet werden. Darum fordern wir einen eigenständigen Tierschutzartikel in die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt! Damit wäre endlich auch die entscheidende Voraussetzung geschaffen, der ausufernden Zunahme von „Tierfabriken“ wirksam entgegenzutreten zu können. Was im Naturschutz längst erreicht wurde, ist endlich auf den Tierschutz zu erweitern!

2. Die Abschaffung der Massentierhaltungsanlagen

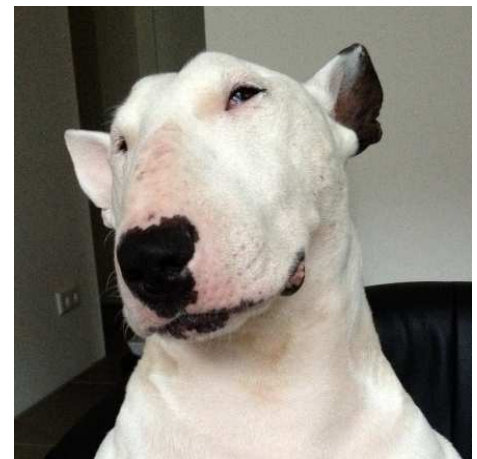
An diesem Thema kommt niemand mehr vorbei! Mittlerweile ist dem letzten Ignoranten klar, dass selbst billige Lebensmittel ihren „Preis“ haben: Den Preis der Qual - für Millionen von Tieren, die zusammengepfercht in Mastfabriken nur zu einem Zweck gehalten werden: Sie möglichst schnell wachsen zu lassen, möglichst fett ins Schlachthaus transportieren zu können, möglichst viele billige Fleisch“produkte“ aus ihnen herauszuholen und möglichst viel Profit aus ihrem kurzen traurigen Leben herauszuschlagen! Zur Abschaffung der Massentierhaltungsanlagen gibt es für uns keine Alternative! Jede kleine Besserung ist nur Augenwischerei! Ein paar Schmerzen weniger machen so ein Schweine- oder Hühnerleben auch nicht lebenswerter! Kein Tier hat es verdient, für ein paar Minuten auf dem Teller leiden zu müssen! Zudem führt der übermäßige Einsatz von Antibiotika bei der Massentierhaltung zu einer gefährlichen Resistenzbildung beim Menschen. Es ist unverständlich, dass potenzielle Betreiber von Massentierhaltungsanlagen in Sachsen-Anhalt mit offenen Armen empfangen werden!

Es darf nicht sein, dass riesige „Tierfabriken“ die landwirtschaftlichen Strukturen in unserem Land weiter zerstören und kleine landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin treiben. Dies vernichtet mehr Arbeitsplätze als dass neue entstehen! Wir brauchen dringend ein radikales Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik. Lt. Angaben des Worldwatch Institutes sind die Emissionen aus der weltweiten „Nutztierhaltung“ mit über 50 % an der globalen Erwärmung beteiligt. „Schweinefabriken“ produzieren Ammoniak, welches stark zur Verschlechterung des Waldzustandes führt! Die anfallende Gülle stellt nicht nur eine Geruchsbelästigung dar, sie gefährdet auch das Grund- und Oberflächenwasser. Mit Gölledüngungen gelangen Antibiotika, Schwermetalle und andere Stoffe über den Boden und das Grundwasser in die Nahrungskette. Darüber hinaus droht eine Übertragung von Bakterien und Viren kranker Tiere auf uns Menschen. Die riesigen Monokulturen für Mastfutter und zur Verwendung für nachwachsende Energieträger gefährden die Flora und Fauna in unserem schönen Land. Wir fordern Bauernhöfe, Biohöfe und ökologisch verträglichen Landbau statt Agrarfabriken!

3. Schluss mit dem Rassenwahn! Stattdessen Sachkundenachweis!

Wer einen Hund aufnimmt, übernimmt die Verantwortung für sein ganzes Leben. Er braucht ausreichende Bewegung, Zuwendung durch die Menschen in der Familie, soziale Kontakte zu Artgenossen, gute medizinische Versorgung! Das setzt Zeit, finanzielle Mittel und vor allem ausreichende Kenntnisse über den neuen Mitbewohner voraus. Viele Hundehalter haben aber nur ein geringes Einkommen, leben von Hartz IV oder beziehen eine kleine Altersrente.

Das Land forciert die unsinnige Einteilung „gute“ und „böse“ Hundarten, indem es willkürlich bestimmte Rassen als „Kampfhunde“ einstuft und so den Kommunen willkommenen Anlass gibt, durch Erhebung hoher „Kampfhunde“-steuern den Haushalt aufzubessern, indem man den betroffenen Hundehaltern in die Briertasche fasst! Diese zusätzliche finanzielle Belastung ist sozial unverantwortlich! Wir fordern die Abschaffung der Rasselisten und - im Interesse des Tieres - für jeden Ersthalter von mittleren bis großen Hunden den Erwerb einer Sachkunde durch nach gesetzlichen Mindestanforderungen geschulte Ausbilder, eine Haftpflichtversicherung, verbunden mit einer unverwechselbaren Kennzeichnung (Chip) und behördlicher Registrierung.



Die Diskriminierung von Haltern bestimmter Hunderassen ist eine Einschränkung der Grundrechte und muss endlich aufhören! Erste Bundesländer haben aufgrund der Auswertung von Beißunfällen inzwischen wieder von Kampfhundelisten Abstand genommen bzw. überlegen eine Rücknahme. Das Unglück, das die Hysterie ins Rollen brachte, war der Fall des kleinen Volcan in Hamburg, der von einem Hund, der von seinem drogensüchtigen Halter misshandelt und abgerichtet wurde, tödlich verletzt wurde. Dieses Kind hätte auch nach damaliger Rechts- und Gesetzeslage geschützt werden können! Hund und Halter waren bekannt, nur sind die zuständigen Behörden trotz alarmierender Hinweise der Bevölkerung nicht eingeschritten! Das tödlich verletzte Kind und daraufhin ganze Generationen von „Kampfhunden“ mussten für das Versagen der Behörden büßen!

4. Bessere finanzielle Versorgung der Tierheime und finanziell schwacher Tierhalter

Die Katastrophe in Bitterfeld wurde noch verhindert, in Weißenfels droht die Schließung zum Jahreswechsel. Solche Schlagzeilen machen deutlich, dass sich die Lage unserer Tierheime dramatisch zuspitzt. Die Kommunen müssen die Tierheime, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten. Es kann und darf nicht sein, dass die Heime, von meist nur mit ehrenamtlichen Helfer*innen arbeiten, um Spenden betteln müssen. Wer einer Kommune deren Pflichtaufgabe abnimmt, darf nicht in die Rolle des Bittstellers gedrängt werden!

Da viele Kommunen aufgrund ihrer angespannten finanziellen Situation eine Unterstützung von Tierheimen oft nicht ausreichend leisten können, ist durch die nächste Landesregierung ein zeitlich befristeter Sonderfonds einzurichten, um das Überleben der Tierheime auf breiter Basis zu gewährleisten. Dieser sollte es auch ermöglichen, dass für Tiere, die bei Eintritt einer finanziellen Notlage bereits im Haushalt leben, ein zeitweiliger Zuschuss gewährt werden kann. Niemand sollte gezwungen sein, ein in der Familie lebendes Tier allein aus finanziellen Gründen in ein Heim abschieben oder sich das Futter vom Munde mühselig abzusparen und so selbst noch weiter ins soziale Elend abzurutschen. Der Verbleib im gewohnten Haushalt ist zudem kostengünstiger als die Betreuung in einem Tierheim.

5. Landesweite Katzenschutzverordnung

Für *Katzen*, die Zugang ins Freie haben, ist eine gesetzliche Kastrationspflicht unumgänglich. Paderborn als Vorreiterstadt einer Katzenschutzverordnung ist hier beispielgebend. Darauf ist aufzubauen, die gesammelten Erfahrungen auszuwerten, ggf. Änderungen einzuarbeiten. Der Gesetzgeber kann nicht länger die Augen vor der ständig wachsenden Population und dem daraus entstehenden Elend verschließen oder die Last und Verantwortung auf die lokalen Tierschutzvereine abwälzen!

6. Exoten

In deutschen Haushalten leben fast 300 000 Schlangen und eine unbekannt Zahl von Giftfröschen, Chamäleons, Vogelspinnen, Affen u. a. exotische Tiere. Viele sterben auf dem Weg vom Fang bis zum Zielort oder durch unsachgemäße Haltung, weil viele Käufer nur über ungenügende Kenntnisse hinsichtlich der aufwendigen und schwierigen Haltung verfügen. Jedes Jahr werden "Exoten" in deutschen Wäldern ausgesetzt und - zum Beispiel im Falle von Giftschlangen - zu einer nicht zu unterschätzenden Gefahr für Menschen oder sie kommen dort elendig um.

Wildtiere, Reptilien, exotische Spinnen etc. haben rein gar nichts in deutschen Haushalten zu suchen haben! Der Handel mit ihnen ist einzustellen! Bisher eingeführte Tiere, die viel zu oft aus einer Laune heraus angeschafft wurden, weil es dem vermeintlichen Tierfreund zu leicht gemacht wird und die dann in Tierheime oder Auffangstationen abgeschoben werden, sind nur noch mit strenger Überwachung, Sachkunde, Sondergenehmigung in Privathände zu vermitteln!

Da die deutsche Regierung auch hier wieder das Problem auszuspitzen versucht, ist die Einführung eines Haus- und Heimtierzuchtgesetzes auf Landesebene erforderlich, nach dem u. a. die Haltung „gefährlicher Tiere wild lebender Art“ in Privathaushalten seitens der Kommunen strenger zu überwachen sind!

7. Förderung tierversuchsfreier Forschung mit dem Ziel der Abschaffung der Tierversuche

Die Organisation „Ärzte gegen Tierversuche“ widerlegte die angebliche Notwendigkeit von Tierversuchen für die Medizin. Tiere reagieren oftmals anders als Menschen. Ergebnisse aus Tierversuchen können nicht automatisch auf Menschen übertragen werden. Gerade durch diese Übertragung erfolgten bereits schwerwiegende Schädigungen von Menschen (Bsp. Contergan). Die Qualen der Tiere stehen in keinem Verhältnis zu Tests in der Ausbildung, bei der Neuentwicklung von weiteren Kosmetika, den meisten Fällen der Forschung. Großteils werden die meisten Experimente wiederholt, obwohl die Ergebnisse längst bekannt sind. Eine kritische Überwachung findet selten statt. Es gibt eine direkte Versuchsindustrie, die einträglich davon lebt, Tiere im Namen der Forschung zu quälen und sterben zu lassen.

In einem ersten Schritt ist das Ausmaß der tatsächlich durchgeführten Tierversuche aufzudecken, ihre Haltungsbedingungen sind zu überprüfen und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären und die Tierversuche im Studium zu verbieten. Vorbild hierfür sind Institute in der Ukraine (Lwiw, Donetsk u. a.), die durch Zusammenarbeit mit dem Verein „Ärzte gegen Tierversuche“ durch Bereitstellung von Computern und Unterrichtsmaterialien längst erfolgreich tierversuchsfrei ausbilden.

Die nächste Landesregierung Sachsen-Anhalts muss ihren Einfluss im Bund geltend machen, wenn es um Tierversuche geht. In unserem Bundesland kann sie als ersten Schritt Tierversuche im universitären Bereich und im Studium verbieten. Zudem darf die Ethikkommission, die über die Tierversuche entscheidet, nicht nur aus Wissenschaftlern, sondern auch mit Vertretern anerkannter Tierschutzverbände vertreten sein.

8. Kein Populationsmanagement in Zoos/Tiergärten

Die Tötung von „überzähligen“ Tieren - also aus wirtschaftlichen Gründen - unter dem Deckmantel eines Zuchtprogramms ist mehr als verwerflich. Geschehen ist dies im Zoo in Magdeburg. Tigerbabys, die nicht in jeder Hinsicht dem Zuchtziel entsprachen, wurden getötet, obwohl das Tierschutzgesetz auch für zoologische Einrichtungen gilt. Trotzdem wurde eine einfache und schnelle Lösung gesucht, um sich der überzähligen Tiere zu entledigen. Solange es Zoos gibt, muss sichergestellt sein, dass diese sich nicht über das geltende Recht stellen! Zoologische Einrichtungen haben kein Privileg, gesunde Tiere im Zuge des Populationsmanagements zu töten!

Wir fordern die Einflussnahme der nächsten Landesregierung Sachsen-Anhalts auf eine bundesweite gesetzliche Regelung, dass Zoos an Anzahl und Größe ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten für „überzählige“ Tiere hat und die Tötung dieser Tieren aus wirtschaftlichen oder züchterischen Gründen strikt verboten wird.

9. Für ein Verbot der Tiere in der Unterhaltungsindustrie

Vergnügungen und Gelderwerb auf Kosten von Tieren lehnen wir grundsätzlich ab. Beim (Wild)-tierverbot in Zirkussen sind uns Länder wie Österreich, Schweden, Dänemark, Bulgarien, Belgien u. a. weit voraus bzw. planen die Umsetzung gerade. In Deutschland argumentiert man nicht selten mit den „leuchtenden Kinderaugen“. Die Begründung, womit sich Tierquälerei – nichts anderes ist es, wenn man Tiger zur Zuschauerbelustigung durch brennende Reifen springen oder Elefanten „Männchen machen“ lässt – noch immer mit einer vermeintlichen „Tradition“ oder den vielbeschworenen „leuchtenden Kinderaugen“ rechtfertigen lässt, bleiben die Befürworter schuldig. Niemand glaubt im 21. Jahrhundert noch ernsthaft, dass diese Tiere das auch freien Stücken machen!

Zirkus macht Spaß...



Immer mehr Menschen erkennen, dass Dressurnummern nicht mehr dem heutigen Verständnis von Tierschutz entsprechen. Da sich die Bundesregierung nach wie vor nicht zu einem konsequenten Verbot von Tierdressuren in Zirkusunternehmen durchringen kann, fordern wir ein Ende der Tierquälerei auf Sachsen-Anhalts Grund und Boden und ein ausnahmsloses Auftrittsverbot für Zirkusunternehmen mit Tierdressuren im Programm auf allen landeseigenen Flächen! Zirkus bereitet nur Freude, wenn niemand leiden muss!

10. Aufbau sich selbst regulierender naturbelassener Gebiete

Wir setzen uns ein für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes von Sachsen-Anhalt, da viele Regelungen nicht mehr mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Vor allem fordern wir ein striktes Verbot des Abschusses von Haustieren und der grausamen Fallenjagd in Sachsen-Anhalt. Alle 6 Sekunden stirbt bei uns ein Tier durch Jägerhand.

Zudem werden etwa 400 000 Katzen und an die 65 000 Hunde jährlich von Jägern erschossen, erschlagen oder in Fallen getötet, wenn sie sich nur einige hundert Meter von ihrem Zuhause entfernt und in freier Natur bewegt haben. All dies geschieht, obwohl laut repräsentativer Umfrage mehr als 2/3 der Bevölkerung von Deutschland der Jagd kritisch gegenüberstehen oder sie völlig ablehnen.

Die Jagd in Deutschland ist ein Anachronismus und in der bestehenden Form abzuschaffen. Leider lassen sich immer noch Bürger/innen durch die starken, in der Gesellschaft verankerten Jagdlobbyorganisationen, beeinflussen. Jedoch ist Jagd weder sportlich noch romantisch und hat schon gar nichts mit Tierschutz und der viel gepriesenen „Hege und Pflege“ zu tun. Es zeugt von emotionaler Abstumpfung und geistiger Indoktrination, den primitiven Vorgang des Tötens eines wehr- und ahnungslosen Tieres mit dem Gewehr aus dem Versteck zu rechtfertigen oder zu preisen. Längst ist erwiesen, dass es in Naturschutzgebieten ohne Jagd nicht zu einer sprunghaften Explosion der Tierbestände kommt, sondern sich die Natur selbst reguliert. Der Aufbau solcher sich selbst regulierender möglichst naturbelassener Gebiete muss vorrangiges Ziel sein. Voraussetzung hierfür ist zunächst eine sorgfältige Erfassung der Tierbestände und die Erforschung der natürlichen Selbstregulierung. Dieses Vorgehen ist auch bei dem Phänomen „Wildtiere in der Stadt“ dringend geboten. Der Mensch muss lernen, mit den Tieren zusammenzuleben. Die Natur ist nicht der Feind des Menschen, dem man mit der Flinte begegnen muss, sondern der Mensch ist nur Teil der Natur!

III. Demokratie wagen – Bürger fragen!

Neuen Ideen in neuen Parteien muss eine Chance gegeben werden. Die 5 % -Hürde ist weit überzogen, Stimmen von tausenden Wähler*innen Sachsen-Anhalts, die sich bewusst für eine kleine Partei entschieden haben, werden so entwertet. Problem ist jedenfalls derzeit die Indifferenz etablierter Parteien. Politische Mitbestimmung erfordert kleinere Hürden. Wir fordern die Senkung der Sperrklausel für den Landtag in Sachsen-Anhalt auf 3 %!

Die Politikverdrossenheit nimmt stetig zu. Proteste, Demonstrationen, Bürgerbegehren und Volksentscheide sind wichtige Mittel der Demokratie und werden mehr und mehr wahrgenommen. Und schon warnen die ersten Politiker vor zu viel Mitbestimmung des Volkes. Die Hürden für demokratische bei politischen Fragen sind extrem hoch angesetzt. Absichtlich, denn das Volk soll nicht mitentscheiden, geschweige denn mitregieren! Wir sind anderer Meinung - und haben längst bewiesen: Demokratische Mitbestimmung war in Magdeburg 2011 erstmals möglich: Mehr als 16 000 Bürger*innen hatten sich mit ihrer Unterschrift für einen Bürgerentscheid in der Frage des Nachbaus der Magdeburger Ulrichskirche ausgesprochen. Die Hauptinitiator/innen für diesen Bürgerentscheid ist Vorstandsmitglied unserer Partei, weil neben Tier- und Umweltschutz auch die Förderung von Demokratie und Bürgerentscheiden zu unseren Anliegen zählt und Basisdemokratie von uns nicht nur in Schönwetterreden bemüht wird.

Wir wollen die gesetzlichen Bestimmungen und Hürden für Bürgerbegehren und Volksentscheide in Sachsen-Anhalt vereinfachen und erleichtern. Auch die Einführung des Klagerechts für Tierschutzverbände dient der Einbeziehung der Interessen der Bürger*innen.

IV. Bildungspolitik

Offenbar hat die aktuelle Landesregierung den ländlichen Raum bereits aufgegeben. Eine pauschale Schulschließung stur nach Schülerzahlen ist abzulehnen. Ziel muss die Erhaltung der Schule in einer gewachsenen Gemeinschaft sein. Es ist jeweils individuell zu betrachten, ob die Schülerzahl in den Folgejahren nicht steigt oder gesteigert werden kann, z. B. durch Ansiedlung von Betrieben und daraus folgender Bevölkerungszunahme.

Fatal war und ist die Planung, die Finanzierung der Hochschulen zu kürzen. Diese Ausgaben sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder. Unsere Student*innen und Hochschulabsolvent*innen sind die kreativen Köpfe, die wir brauchen, um unser Bundesland endlich voran zu bringen.

Jedem Menschen ist - unabhängig von seiner sozialen Herkunft – nach seinen Fähigkeiten der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. Wir sind sehr wohl für die Beibehaltung der Bildungskompetenz der Länder, fordern aber bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen! Man erwartet heute, dass die Arbeitnehmer mobil sind und sich auch in anderen Regionen bewerben. Wenn sie dann aber ihre Familien nachholen, stehen sie oft vor dem Problem, dass die Schulbücher nicht mehr aktuell sind, die Rechtschreibung nach einem anderen System erlernt wird, völlig andere Fremdsprachen gelehrt werden und eine Eingliederung der Kinder nur mit Schwierigkeiten möglich ist. Daher ist eine unserer Forderungen für eine Chancengleichheit unserer Kinder und Jugendlichen: „Schluss mit dem Chaos „16 Bundesländer – 16 verschiedene Schulsysteme“ in der Schullandschaft! Kein Aktionismus in der Bildungspolitik. Jeder der Schnellschussversuche - ob Förderstufe, Abitur nach 12, 12 ½ oder 13 Jahren etc. – ging bisher daneben. Immer wieder sind neue Modelle im Gespräch, jede Partei bastelt an neuen Versuchen. Schlimmstenfalls wird alle fünf Jahre nach Landtagswahlen wieder das System geändert, und weder Schüler noch Lehrer*innen noch Eltern kommen zur Ruhe.

Ob nun gemeinsames Lernen für vier, sechs, acht oder zehn Jahre, das dreigliedrige Schulsystem, Abschaffung der Hauptschule etc. etc. ein Allheilmittel gegen ein schlechtes Abschneiden im Ländervergleich ist, darf nicht überhastet in immer wieder neuen Modellen getestet werden. Bildung bedarf Kontinuität, Vertrauen und Sicherheit.

Alle sprechen von Umweltschutz, von der Vernichtung der Regenwälder, von den Auswirkungen der Massentierhaltung auf das Klima, von der Zerstörung der Weltmeere usw. In der Schule aber sind diese brisanten Themen noch nicht angekommen. Wir halten daher die Einführung eines umfassenden Themenbereichs „Umwelt- und Tierschutz“ als verpflichtender Bestandteil des Unterrichts für zeitgemäß und überfällig!

Die Verlierer im Berufsleben sind meistens Schüler/innen aus einkommensschwachen Familien. Das deutsche Bildungssystem trägt somit eine große Mitschuld, wenn Kinder und Jugendliche nicht mit gleichen Chancen ihren Lebensweg antreten können, weil die wirtschaftliche Benachteiligung nicht kompensiert und damit keine Chancengleichheit für alle geschaffen wurde. Der Staat hat Geld für marode Banken, aber spart bei unseren Kindern!

Die Kosten für Nachhilfeunterricht für Schüler*innen aus einkommensschwachen Familien sowie sonstige Fördermaßnahmen müssen von Land und/oder Kommunen bis zu einem gewissen Grad mitgetragen werden. Unsere Kinder dürfen im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nicht die Leidtragenden durch die verfehlte Bildungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte in Sachsen-Anhalt sein!

V. Sicherheit, Justiz und Kriminalitätsbekämpfung

Freiheit kann nur gewährleistet werden, wenn der Staat für Sicherheit sorgt. In der Welt, die wir uns vorstellen, können Kinder auch unbeaufsichtigt auf Spielplätzen toben und Frauen nachts allein durch den Park gehen. Daher ist konsequent gegen auch die Anfänge der Kriminalität, insbesondere auch der Jugendkriminalität, zu steuern.

Allgemein empfinden wir - wie viele Bürger*innen – ein gravierendes Missverhältnis zwischen Opfer- und Täterschutz. Die Rechte des Täters sind selbstverständlich rechtsstaatlich zu wahren. Wo aber ist die staatliche Hilfe für Opfer? In erster Linie haben diese einen Anspruch darauf, dass Straftaten zügig und umfassend aufgeklärt und mit einem angemessenen Urteil abgeschlossen werden. Die Wahrung des Rechts darf nicht an mangelnder finanzieller Unterstützung scheitern! So wie in Sachsen-Anhalt, wo das rechtsmedizinische Institut in Magdeburg mangels ausreichendem Gewinn dem Rotstift zum Opfer fiel.

Die nächste Landesregierung muss sich im Bund stark machen für ein Verbot aller Schusswaffen in Privathaushalten! Kein „Hobby“ (Jagd, Sportschützen) rechtfertigt die Aufrechterhaltung der latenten Gefahr der Bevölkerung, die der Waffenbesitz mit sich bringt. Man muss sich an die Amokläufe in Deutschland (Erfurt, Winnenden) erinnern, um diese Forderung zu verstehen!

Justiz und Exekutive verdienen den Respekt, der zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Wer z. B. Polizeibeamte angreift und anspuckt, greift unsere Sicherheit an!

Besondere Aufmerksamkeit ist Übergriffen und Straftaten Heranwachsender zu widmen. Bei sofortiger konsequenter Reaktion besteht noch die Möglichkeit, einen jungen Menschen in die Gesellschaft zurückzuholen. Mit einer Duldung wird einem kriminellen Lebenslauf Vorschub geleistet.

Eine Strafe, die beim Täter keine Aufmerksamkeit mehr erwecken kann, ist keine Strafe! Strafen müssen angemessen, als solche aber auch noch erkennbar sein. Das ist man auch den Opfern und ihren Angehörigen schuldig!

Wir fordern: Konsequente Strafverfolgung! Mehr Opferschutz! Präventive Maßnahmen! Solide finanzielle Ausstattung von Polizei und Justiz! Chance auf Neubeginn für Inhaftierte durch gezielte Maßnahmen – Therapien, ABER: Keine Kuscheljustiz! Keine Gelder für Kinobesuche, Schifffahrten etc.

VI. Energiepolitik und Braunkohlentagebau

Die Möglichkeiten einer dezentralen Energieversorgung sind längst nicht ausgeschöpft und bieten der Wirtschaft ein reiches Feld, zukunftsorientierte Technologien zu entwickeln. Wir setzen uns ein für die Förderung regenerativer Energieträger mit Augenmaß! Der Anbau darf nicht zu Monokulturen und zu einer weiteren Erhöhung der Nahrungsmittelpreise im In- und Ausland führen. Die Energiewende darf nicht allein zu Lasten der Verbraucher umgesetzt werden. Es bedarf endlich einer gerechten Beteiligung auch der Großbetriebe! Die Verbraucher wurden durch Einführung der so genannten Ökosteuer zusätzlich belastet. Hatten sich die Menschen davon die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und ökologischer Projekte versprochen, wurden die eingenommenen Gelder zur Stopfung von Haushaltslücken verwendet.

In Sachsen-Anhalt soll, wenn es nach dem Willen der derzeitigen Landesregierung geht, der Braunkohlentagebau -Relikt aus alten Zeiten, wiederbelebt werden. Das ist zum einen nicht nötig, da die Energieversorgung in Sachsen-Anhalt durch andere Energieträger sichergestellt werden kann, zudem sind die mit dem Tagebau verbundenen Eingriffe in die Natur nicht zu rechtfertigen. Vielen sind die Mondlandschaften, die der Tagebau zurückgelassen hat, noch in Erinnerung. Es dauerte Jahrzehnte, diese Wunden zu heilen. Nunmehr sollen wieder Großbagger die sich erholende fruchtbare Landschaft wieder wegfräsen. Dieser Raubbau an der Natur ist gegenüber unseren Kindern nicht zu rechtfertigen!

Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land geht eindeutig in die vorrangige Nutzung der Wind- und Solarenergie. Zehntausende Arbeitsplätze hängen an der Fortentwicklung der Nutzung erneuerbarer Energieträger ab. Die Pläne der Landesregierung gefährden diesen Prozess.

Bei der Energie-Erzeugung aus „Bio-Masse“ ist Zurückhaltung geboten. Unsere Partei setzt auf erneuerbare und nachhaltige Energie-Träger, deren Nutzung weder Mensch und Tier noch die Natur belasten! In asiatischen und südamerikanischen Tropenländern sind es Palmöl- und Soja-Plantagen, bei uns sind es die Raps- und Maisäcker, die bereits ganze Landstriche in trostlose, Pestizidverseuchte Monokulturen verwandelt haben, was zu einem beschleunigten Artensterben in Fauna und Flora beiträgt. Mittlerweile werden in Deutschland auf mehr als 1,5 Mio Hektar - das sind rund 13 % der gesamten Ackerfläche - „Energiepflanzen“ angebaut. Auch aus ethischen Gründen ist die Nutzung dieser Energieträger zu hinterfragen, denn wie kann es sein, dass wertvolle Nahrungsmittel oder Ackerflächen für Bio-Energieträger verwendet werden, wenn andererseits knapp eine Milliarde Erdbewohner - also jeder sechste Mensch - an Hunger leidet und täglich - laut Angaben der UNO – 25 000 bis 30 000 Menschen durch chronische Unterernährung und deren Folgeerkrankungen sterben?

Zu rechtfertigen ist allein die Verwertung vorhandener Bio-Masse, wie sie als Abfallprodukt in der Landwirtschaft entsteht. Energie-Erzeugung aus „Bio-Masse“ darf nicht mit riesigen, trostlosen Monokulturen einhergehen. Wir fordern Gesetze für eine Anbauflächenbegrenzung.

VII. Umwelt, konsequente Agrarwende, NEIN zur Gentechnik, Hochwasserschutz

Der Schutz der Umwelt ist kein kostspieliger Luxus, sondern langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Außer Kontrolle geratene Genmanipulationen sind endgültige Eingriffe in ausgewogene komplexe natürliche Lebensgrundlagen, die nach unserer Vorstellung sogar noch gefährlicher sein können als Schäden durch Atomkraftwerke! Bislang übernimmt kein Genexperimentator die Haftung für eventuelle Schäden und selbst wenn eine Firma diese Haftung übernehmen würde, könnte sie einen Ausgleich praktisch nicht schaffen.

Unter Umweltschutz verstehen wir auch eine schonende Bewirtschaftung der Böden. Die Notwendigkeit eines konsequenten grundlegenden Ansatzes wird durch die immer wieder auftretenden Lebensmittelskandale aufgezeigt. Mit dem Schutz der Umwelt und einer konsequenten Agrarwende sichern wir unsere Lebensgrundlage – die Lebensmittel!

Wir setzen uns für eine Förderung des ökologischen Landbaus ohne Gentechnik ein und sagen NEIN zur Degradierung aller Konsumenten zu unfreiwilligen „Testpersonen“!

Die Erzeugung von Nahrungsmitteln muss Vorrang haben vor der Erzeugung von Pflanzen zur Energieerzeugung. Die Spekulation auf Nahrungsmittelpreise ist zu unterbinden. Zu fördern ist der regionale Anbau, der auch lange Transport- und somit Energiekosten erspart.

Wir fordern eine Abkehr von der industriellen Massentierhaltung! Ökologischer Landbau ist zu fördern. Bäuerliche Betriebe waren und sind dadurch gekennzeichnet, dass sie weitgehend unabhängig aus dem Land produzieren. Massentierhaltungsanlagen sind darauf angewiesen, die Futtermittel für die Tiere zuzukaufen. Der Regenwald wird für die Produktion von (oft genmanipuliertem) Soja abgeholzt, der dann hier in Deutschland an Mastschweine verfüttert wird. Die massenhaft produzierte Gülle verseucht wiederum die Böden. Ökologische Betriebe arbeiten in einem Kreislaufsystem, in dem weitgehend auf chemische Zusatzdüngung verzichtet werden kann.

Die Landwirtschaft der Zukunft sehen wir mit gesetzlichen Regelungen für Anbauflächenbegrenzung, um riesigen, trostlosen Monokulturen und dem beschleunigten Artensterben Paroli bieten zu können! Subventionen für Tierfabriken und Maiswüsten lehnen wir grundsätzlich ab. Unsere Bauern tragen Verantwortung für hochwertige und vorrangig pflanzliche Nahrungsmittel, die die Menschen nicht durch chemische Düngungen, Pestizide etc. krank machen. Ökologisch und verantwortungsvoll arbeitende kleinbäuerliche Betriebe sind durch Subventionen zu unterstützen, um das Ungleichgewicht zu den Produkten aus profitorientierter tierquälerischer Massentierhaltung auszugleichen. Pflanzliche Produkte sind steuerlich zu bevorzugen. Es ist ein Unding, dass Fleisch und Wurst mit ermäßigter, Produkte wie bspw. pflanzliche Milch mit voller Mehrwertsteuer extra verteuert und der bewusste Verbraucher quasi für seine gesunde Lebenseinstellung bestraft wird.

Für uns ist die Gesundheit von Mensch und Tier oberstes Anliegen. Die künftige Landesregierung muss der „grünen Gentechnik“ ohne Wenn und Aber eine Absage erteilen.

Sachsen-Anhalt hätte beim zweiten Jahrhunderthochwasser im Juni 2013 eine noch weitaus größere Katastrophe treffen können, als sie ohnehin eingetreten ist. So traf es im Oberlauf das Gebiet um Groß Rosenburg und im Unterlauf das Gebiet um Tangermünde. Bei einer Anfrage zum Hochwasserschutz unseres Stadtrats in Magdeburg verwies die Verwaltung Anfang 2013 auf die Vorgaben des Landes zum Bemessungshochwasser und wies einen zusätzlichen Schutz gefährdeter Gebiete als unsinnig (!) zurück! Unter diesem Eindruck müssen die derzeitigen Hochwasserschutzmaßnahmen sehr kritisch betrachtet werden. In einzelnen Bereichen, insbesondere wenn es um die Öffentlichkeitsarbeit geht, ist ein übertriebener Aktionismus zu verzeichnen, dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl die Oberbefestigung als auch die Bereitstellung von Retentionsflächen ungenügend ist. Wiederum besteht Anlass zur Sorge, dass die Gefährdungssituation mit der Zeit wieder in Vergessenheit gerät. Es wird eine Sicherheit vorgegaukelt, die es nicht gibt. Die Bedrohung kann nur abgewehrt werden, indem sämtliche Maßnahmen koordiniert zeitnah umgesetzt werden. Wir fordern Koordinierung der Schutzmaßnahmen zwischen Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie ein transparentes Hochwasserschutzprogramm mit einem detaillierten Zeitplan, der für gefährdete Bürger*innen einseh- und überprüfbar ist.

VIII. Verbraucherschutz und Qualitätssicherung von Lebensmitteln

Durch eine kaum mehr nachvollziehbare Subventionierung entscheidet heute weniger die Qualität des landwirtschaftlichen Produktes als die Lobbyarbeit von Interessengruppen über den Preis. Diesen Lobbygruppen ist nur daran gelegen, die Verbraucher durch emotionale und/oder inhaltsleere Werbeversprechen über die tatsächlichen Inhalte der Produkte im Unklaren zu lassen. Wichtigster Faktor für eine nachhaltige Agrarwende ist eine umfassende Aufklärung der Verbraucher. Aufgeklärte Verbraucher, die nicht mehr bereit sind, Produkte mit nicht näher definierten Zusatzstoffen, nährstoffarme, fette, ungesunde Lebensmittel zu konsumieren, werden vom Markt verschwinden. Die längst im Gespräch befindliche „Lebensmittel-Ampel“ wird von uns sehr begrüßt, wenn sie nicht wieder nur der Augenwischerei dient. Für Lebensmittel fordern wir eine Positivliste und die Abkehr von einer Negativliste der Zusatzstoffe. Bislang können Nahrungsmittel mit beliebigen Zusatzstoffen versetzt werden, solange sie nicht verboten sind (Negativliste). Es muss von vornherein klargestellt sein, welche Stoffe enthalten sein dürfen.

Die nächste Landesregierung Sachsen-Anhalts muss sämtliche Betriebe der Agrarwirtschaft konsequent und lückenlos im Hinblick auf die eingesetzten Stoffe für die Futtermittel und letztlich Lebensmittelproduktion kontrollieren und überwachen. Durch die immer weiter fortschreitende industrielle Produktion besteht eine große Gefahr, dass verunreinigte, z. B. mit Dioxin belastete, Futtermittel einen großen Teil der damit hergestellten Lebensmittel verunreinigen und so eine große Anzahl Menschen gesundheitlich gefährden.

IX. Demografischer Wandel, Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung

Spezifische Gründe für die dramatische Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Gebieten sind vor allem die mangelnden Arbeitsplätze und fehlende Perspektiven, sich eine eigene Existenz in der Heimat aufbauen zu können. Die anfängliche Hoffnung, dass in den sog. neuen Bundesländern allein durch den Soli-Beitrag und Infrastrukturmaßnahmen der Anschluss an die alten

Länder geschafft wird, hat sich nicht erfüllt. Fehlende Arbeitsplätze, niedriges Einkommen und Abwanderung führen zu einer Abwärtsspirale, die angehalten werden muss. Es bedarf dringend eines weiteren Anschubs für die wirtschaftliche Entwicklung, die inzwischen aber nicht mehr pauschal nach Ost/West, sondern nach tatsächlicher Hilfsbedürftigkeit zu beurteilen ist. Notwendig ist, durch steuerliche Anreize gewerbliche und Forschungsinvestitionen im Land zu fördern.

Zur Entwicklung des ländlichen Raums ist eine Stärkung der Gemeinden notwendig. Dort haben sich - teilweise über Jahrhunderte - Gemeinschaften mit einer eigenen Identität gebildet. Industrielle Mastanlagen von meist ausländischen Investoren zerstören die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Deren Chancen, insbesondere im ökologischen Anbau, sind zu verbessern. Der Bedarf an regional erzeugten biologischen Lebensmitteln nimmt aufgrund ständig neuer Lebensmittel-skandale zu und kann im Moment aus heimischer Produktion überhaupt nicht gedeckt werden.

Eine Chance sehen wir auch in der Schaffung von Ruheroasen. Großstadtbewohner, die mal für ein Wochenende aus ihrem Alltag heraus- und zur Ruhe kommen wollen, Krankenkassen, die ihren Mitgliedern die Möglichkeit zum Krafttanken anbieten möchten, sehen wir hier als potentielle Interessenten. Entwickeln ließe sich hieraus ein sanfter Tourismuszweig incl. Gastronomie, Lehrpfaden, Kräutergärten, Baumschulen, Kreativwerkstätten, therapeutische Angebote usw.)

Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik muss die Schaffung von Arbeitsplätzen sein! Hierbei ist zu sichern, dass insbesondere auch kleine und mittelständische Unternehmen nicht zu sehr durch immer weitere Abgaben und neue bürokratische Gängeleien belastet werden. Es muss als Alarmzeichen gewertet werden, wenn die Presse im Jahr 2013 berichtet, dass immer weniger Menschen den Weg in die Selbstständigkeit wagen. Es können nicht alle beim Staat (Rentenversicherung etc.) oder in staatsnahen Betrieben (AOK etc.) beschäftigt werden!

Wirtschaftsminister Möllring versuchte mit Schreiben, in denen er die Vorzüge Sachsen-Anhalts darstelle, 500 mittelständische Unternehmen für Investitionen zu gewinnen. Ganze fünf (!) haben geantwortet. Zu einer konkreten Aktion kam es nicht. Hier wurde das ganze Dilemma aufgezeigt! Seit 25 Jahren wäre es nötig gewesen, sich fortdauernd um diese prosperierenden Firmen bemühen müssen, damit diese hier nicht nur Konsumenten finden, sondern unsere Fachkräfte zu schätzen wissen und Arbeitsplätze schaffen! Geschäfts- und Wirtschaftsbeziehungen kommen nicht durch ein Werbeschreiben zustande.

Der Mittelstand umfasst aktuell „rund 99,7 % aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, in denen knapp 65,9 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt sind, rund 38,3 % aller Umsätze erwirtschaftet werden sowie rund 83,0 % aller Auszubildenden ausgebildet werden.“ (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Mittelstand>).

Indem man den Weg in die Selbstständigkeit noch weiter erschwert, verhindert man die Schaffung neuer Arbeitsplätze und setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel. Angesichts fortschreitender Globalisierung und weiter steigendem Wettbewerbsdruck ist es dringend geboten, die Beitragslast für kleine und mittelständige Unternehmen zu senken. Auch steigt der Aufwand der Unternehmen für die Bearbeitung der immer neuen staatlichen bürokratischen Anforderungen. Diese sind teilweise so diffizil und undurchschaubar, dass man sie mittlerweile

nicht mehr allein bewältigen kann (Steuererklärungen, Berechnungen der Sozialabgaben für die Mitarbeiter u. a.). Kaum überraschende Folge ist das Dauer-Abo auf die „rote Laterne“. Hier muss eine Vereinfachung und Pauschalierung erfolgen, um wieder Lust am Unternehmertum zu wecken! Insbesondere bedürfen kreative Jungunternehmer*innen (Start-up-Unternehmen) der gezielten Förderung. Gerade Kreativität und Innovation hat Sachsen-Anhalt bitter nötig!

X. Flüchtlingspolitik

Als Partei, die sich auch für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt, stehen wir ohne Wenn und Aber für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Wir fordern aber auch ein Konzept, dass ständig an der Realität ausgerichtet werden muss! Hier muss der Verwaltung, die die Vorgaben des Landes und Bundes umzusetzen hat, Gehör gegeben werden. Diese Mahnung zum Realitätsbewusstsein darf nicht als rassistisch oder fremdenfeindlich diffamiert werden!

Als Partei, die sich auch für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt, stehen wir ohne Wenn und Aber für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Wir fordern aber auch ein Konzept, dass ständig an der Realität ausgerichtet werden muss!



Hier muss der Verwaltung, die die Vorgaben des Landes und Bundes umzusetzen hat, Gehör gegeben werden. Diese Mahnung zum Realitätsbewusstsein darf nicht als rassistisch oder fremdenfeindlich diffamiert werden!

Eine Willkommenskultur steht nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit, Einreisende zu registrieren. Sicherheitsmängel, die Einreise von Straftätern und Terroristen, könnte das gesamte Projekt der Flüchtlingshilfe gefährden, da Rechtspopulisten damit die Bevölkerung aufstacheln. Straftäter haben keinen Anspruch auf Asyl. Wir fordern die Sicherheit von Frauen und Mädchen, von Homosexuellen und von Christen! Bedrohungen sind nicht hinzunehmen und es ist für eine getrennte und sichere Unterkünfte zu sorgen!

Für Frauen und Mädchen aus Flüchtlingsfamilien sind niedrigschwellige Beratungsangebote zu schaffen, durch die sie Aufklärung über die Rechtsstellung der Frau in unserer Gesellschaft erfahren können und ihnen auf Wunsch Hilfe an die Seite gestellt wird. Perspektivisch ist die Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen zu realisieren; auch für Frauen und Mädchen aus anderen Kulturkreisen, die Zuflucht in unserem Land suchen, gilt, dass sie Männern gegenüber gleichberechtigt sind. Die aktuelle Berichterstattung verdeutlicht, welche kulturelle Leistung die Gleichstellung der Frau war. Für uns ist sie selbstverständlich und uns bestürzt, wenn in manchen Kulturkreisen Töchter noch als Besitz der Familien gelten, verheiratet und/oder verstümmelt werden und dem Mann untergeordnet sind. Menschenrechte sind unteilbar und unverzichtbar!

Beschlossen am 03. Mai 2015